00253

Nr. 18/39. Jahrgang | Freitag, 22. Januar 1932 | Einzelnummer 10 Pfg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206. Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. auswärts: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Wohlfahrtslasten der Kommunen

Erregte Zwischenfälle bei der Fortsetzung der Interpellationsdebatte in der französischen Kammer
Schwere Unterschlagungen bei der Evangelischen Zentralbank in Berlin

Hilfe den Ländern und Gemeinden

Eine Entschließung des Reichsrates

Der Reichsrat beriet in seiner Vollsitzung am Donnerstag die von der Regierung vorgelegte Zusammenstellung über die am Haushaltplan 1931 vorgenommenen Aenderungen. Auf Antrag der Ausschüsse wurde der berichtigte Reichshaushalt zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig faßte der Reichsrat einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

„Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber den Vorjahren trifft, wenn man von der Industrieumlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn absieht, nicht das Reich, sondern bisher ausschließlich die Länder und Gemeinden. Infolge des Rückganges der Ueberweisungen und der eignen Steuern ergeben sich bei den Ländern trotz den strengsten Einschränkungen noch große Fehlbeträge sowohl für 1931, als auch im Entwurf für 1932, und keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwebender Schulden einzusetzen, während das Reich den Haushalt für 1931 und den Entwurf für 1932 vorläufig gedeckt und dabei für 1932 **eine von 420 auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwebender Schulden vorgesehen hat.**

Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen sowie in Verbindung mit der Kürzung der Steuerüberweisungen behalten auch viele Gemeindehaushalte für 1931 und 1932 große Fehlbeträge, deren Deckung nicht möglich ist.

Die zusätzliche Ueberweisung des Reiches an die Gemeinden von 230 Millionen für Wohlfahrtslasten reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahr nur noch eine Ueberweisung von 50 Millionen vorgesehen.

Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft, bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Reichsregierung besonders, anstelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt für 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen einzustellen und die darüber hinausgehenden Beträge **den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung oder Deckung von Schulden zuzuweisen, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen, oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preissenkungspolitik stehende Anspannung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.**"

Vorher machte der Berichterstatter, Ministerialdirektor **Brecht**, u. a. folgende Ausführungen:

„Nach dem berichtigten Haushalt betragen die gesamten ordentlichen und außerordentlichen Nettoausgaben des Reiches für 1931 nunmehr 8945 Millionen Mark, gegen 1930 ein Minus von 2717 Millionen Mark.

Die Einschränkungen sind trotz den gewachsenen Wohlfahrtslasten sehr hoch. Gegenüber dem Höchststand der Ausgaben im Jahre 1928 beträgt der Rückgang mehr als 3 Milliarden Mark. Die Ausgaben sind noch unter das Jahr 1926, das letzte Jahr vor der Besoldungserhöhung, um 582 Millionen zurückgegangen. Unter den einzelnen Posten hat es neuerdings internationale Aufmerksamkeit erregt, daß Deutschlands normaler innerer Schuldendienst nur 500 Millionen beträgt gegen etwa 3 Milliarden in Frankreich und nach altem Kurs 6 Milliarden Mark in England. Man hat es als Vorteil für Deutschland dargestellt, daß Deutschlands gesamte innere Staatsschuld jetzt nur 10 Milliarden Mark gegen 40 Milliarden in Frankreich und 130 Milliarden in England beträgt, aber man hat vergessen hinzuzufügen, daß Deutschlands innere Schuld infolge der eigenen Kriegskosten ursprünglich mehr als 130 Milliarden Goldmark betrug, und daß wir gezwungen waren, diese Schuld bis auf 10 Milliarden deshalb zu streichen, weil wir im Gegensatz zu England und Frankreich nicht in der Lage waren, aus Steuern jährlich 6 Milliarden oder 3 Milliarden Mark unseren inneren Gläubigern zur Verfügung zu stellen.

Ministerialdirektor Zarden vom Reichsfinanzministerium gab darauf folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung verkennt die Bedutung des Problems der Wohlfahrtserwerbslosenlasten, um die es sich wenigstens zum Teil in der Entschließung handelt, nicht. Sie hat das im Gegenteil durch verschiedene Maßnahmen auf diesem Gebiet im Laufe des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht. Die Reichsregierung kann aber im Hinblick besonders auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick eine Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen.

Die Waffen der Wiener Arbeiterschaft

Von Therese Schlesinger, Wien.

Am 13. September 1931 ließ der Bundesführer der Heimwehr Dr. Pfriemer in Steiermark Plakate anschlagen, durch welche er erklärte, daß die Verfassung aufgehoben sei, er alle Macht in die eigene Hand nehme, alle Staatsangestellten und Militärs ihres Diensteides enthebe und selber in Eid und Pflicht nähme. Zugleich zog er mit seinen schwer bewaffneten Banden auf, besetzte Regierungsämter und ließ Maschinengewehre in Stellung bringen, während seine mit Gewehren und Revolver bewaffneten Anhänger in die Wohnungen friedlicher Arbeiter schossen. Durch diese Heldentaten kamen zwei Menschen ums Leben.

Die Regierung Buresch, von den Sozialdemokraten schon am frühen Morgen aufgefordert, dem verbrecherischen Treiben schleunigst ein Ende zu bereiten, gab vor, bisher von der Sache nichts gewußt zu haben und erklärte sich bereit, Abteilungen des Bundesheeres den Aufrührern entgegenzuschicken. Weil aber gut Ding Weile braucht, übten sich die Militärautos in der Kunst, die Semmeringstraße im Omnibustempo hinanzuklettern. Mit der Eisenbahn wären die Truppen um ein Vielfaches schneller zu befördern gewesen. Durch die passive Resistenz der Heeresleitung wurde das angestrebte Ziel erreicht. Kaum daß die Rebellen erfuhren, es sei wirklich und wahrhaftig Militär gegen sie aufgeboten, womit sie offenbar durchaus nicht gezählt hatten, packten sie ihre schwere Rüstung zusammen und gingen, unbelästigt von Polizei und Gendarmerie, wieder nach Hause. Pfriemer aber hat mit seinem wohlvorbereiteten Paß die nahegelegene jugoslawische Grenze überschritten. Niemand wurde verhaftet. Erst viele Tage später

„Reichsredner Werner"

Ein echter „deutscher" Mann

Am Sonntag sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Schäfer in einer Versammlung zu Wurzen. Sie war ebenso überfüllt, wie alle anderen Versammlungen, die Dr. Schäfer seit nahezu 14 Tagen im Leipziger Bezirk abgehalten hat. Selbstverständlich schwiegen sich auch dort die Nazis wacker aus. Am Abend veranstalteten die Hakenkreuzler in Wurzen einen „Deutschen Abend", auf dem der „Reichsredner" Werner sprach. Dieser beschäftigte sich dann mit den Feststellungen, die Dr. Schäfer in der Wurzner Versammlung am Mittag machte. Herr Erich Werner ist zweifellos der geeignete Mann, die Anklagen Schäfers abzuwehren. Er verfügt über alle Eigenschaften, die ein „Reichsredner" haben muß. Das ergibt sich aus folgendem Steckbrief, der gegen ihn erlassen worden ist. Er lautet:

„Gesucht wird ein Geschäftsführer Erich Werner, geboren am 15. 12. 1899 zu Magdeburg, der zuletzt in Magdeburg, Sudenburger Straße Nr. 23 gewohnt hat. Der fragliche Werner ist seit Jahren nicht auffindbar. Es ist gegen ihn Haftbefehl vom Amtsgericht Magdeburg zur Leistung des Offenbarungseides erlassen worden, weil er sich seit sechs Jahren ununterbrochen der Unterhaltspflicht gegenüber seinem am 3. Februar 1925 geborenen unehelichen Kinde böswilligerweise entzieht. Alle polizeilichen Nachforschungen haben bisher kein Ergebnis gehabt. Die Kindesmutter ist in großer Not, da sie seit Jahren erwerbslos ist. Der fragliche Erich Werner soll in ganz Deutschland dauernd als Redner für die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei umherreisen. Seine Auffindung und gerichtliche Aburteilung wäre deshalb auch aus politischen Gründen wünschenswert.

Wer etwas über den Aufenthalt des genannten Erich Werner erfährt, wird gebeten, es an den Ortsausschuß des ADGB. in Breslau, Margaretenstraße Nr. 17, zu melden."

Jedweder Kommentar erübrigt sich.

Die Sozialisten im Angriff

Für Streichung der Reparationen, Kriegsschuldenherabsetzung, Rüstungseinschränkung

Fortsetzung der Kammerdebatte

WTB Paris, 21. Januar.

Der zweite Teil der Interpellationsdebatte in der Kammer über die innere und äußere Politik der Regierung begann unter starkem Zudrang der Abgeordneten und der Tribünenbesucher. Der radikale Abgeordnete **Nogaro** bemängelte die Finanzpolitik der früheren Regierungen und bedauerte lebhaft, daß man die verschiedenen Finanzskandale zu verschleiern versucht habe. Die Ausführungen des nächsten Interpellanten, des sozialrepublikanischen Abgeordneten **Forgeot**, erregten gewisses Aufsehen. Deutschland habe, erklärte er, mit Hilfe von kurz- und langfristigen Krediten und auch aus eigenen Mitteln sich eine neue industrielle Ausrüstung geschaffen. Nun sei es in eine Krise hineingeraten, die man nicht übersehen könne. Das Recht Frankreichs gegenüber Deutschland müsse man nicht nur aus dem Versailler Vertrag, sondern auch aus dem Youngplan herleiten. Der Redner entwickelte sodann den Gedanken, daß Frankreich seine Schäden restlos vergütet haben wolle und für sich eine absolute Priorität gefordert habe. Der Rest, den ihm heute der Youngplan lasse, betrage ungefähr 2 Milliarden Frank. Dieser kleine Ueberschuß sei heilig, und man könne Deutschland nicht gestatten, seine Privatschulden zu bezahlen, ohne diese Schuld in Rechnung zu stellen.

Aber wäre es für Frankreich weise, hartnäckig nein zu sagen? Keineswegs. Die Stunde einer mächtigen Gegenoffensive habe geschlagen. Ein einfacher, klarer französischer Vorschlag an die gesamte Welt würde Frankreichs Gegner zur Entscheidung zwingen. Wenn es nun möglich wäre, eine gesunde Lösung zu finden, ohne die französische Sicherheit zu verringern, warum wolle man das nicht versuchen? Warum wolle man Amerika heute nicht folgenden Vorschlag machen: Frankreich verzichtet auf seine Reparationen, wenn ihm seine Schulden erlassen werden. Frankreich ist bereit, seine Rüstungsausgaben um 25 Prozent herabzusetzen gegen die Zusicherung, daß der Garantievertrag von 1919 Kraft erlange. Könnte Frankreich das annehmen? Ja, Deutschland könne sich morgen in einer allgemeinen Erhebung auf Frankreich werfen. Gegen eine solche Gefahr sei die beste Rettung die Verständigung. Unter ungeheurem Beifall des Hauses schloß Forgeot: „Kann Frankreich bei seiner negativen Politik bleiben? Ist es sich nicht selbst schuldig, einen positiven, konstruktiven Plan vorzuschlagen, um das allgemeine Unheil zu verhindern?"

*

Die Nachtsitzung der Kammer, die um 9 Uhr begann, mußte nach kurzer Zeit wegen eines Zwischenfalles unterbrochen werden. Als Interpellant sprach der Abgeordnete Delsol von der Fraktion Maginot. Delsol sagte, die Erklärung des Reichskanzlers bedeute nicht, Deutschland könne nicht mehr zahlen, sondern Deutschland wolle nicht mehr zahlen. Es sei also unnütz, die Verhandlungen fortzusetzen. Man müsse Deutschland gegenüber die starke Faust zeigen und dürfe nicht nachgeben. Namentlich in der Abrüstungsfrage heiße es, fest bleiben. Der Friede um jeden Preis bedeute den unvermeidlichen Krieg. Zum Schluß gab Delsol der Hoffnung Ausdruck, daß in der französischen Kammer nur Abgeordnete säßen, die als Vertreter Frankreichs, nicht aber als Vertreter Deutschlands zu gelten hätten. Diese Aeußerung bezogen die Sozialisten auf sich. Sie verlangten eine Rektifizierung. Delsol verweigerte diese. Es setzte ein Pultdeckelkonzert ein. Unter allgemeinem Lärmen zeigte der sozialistische Abgeordnete Grumbach dem Ministerpräsidenten Laval eine Zeitung mit einer Karikatur. Hierauf entstand ungeheure Erregung. Der Kammerpräsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Nachtsitzung suchte Abgeordneter Delsol unter Pfuirufen der Linken seine Ausführungen, die zur Unterbrechung der Sitzung führten, abzuschwächen.

Hierauf führte Louis Marin in Begründung seiner Interpellation aus, die Ereignisse seien sehr ernst. Deutschland habe erklärt, daß es sich einem der Hauptartikel des Versailler Vertrages entziehen werde. Hinsichtlich der übrigen Artikel werde es eines Tages die gleiche Haltung einnehmen. Wenn Deutschland nicht nachgebe, was würden die Alliierten dann angesichts „dieser Verletzung des Versailler Vertrages" tun? Von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten sei man in Frankreich der Ansicht, daß die Reparationen geheiligten Charakter trügen. (Lebhafter Beifall.) Im Namen der internationalen Moral müßten die von Deutschland in Frankreich, Belgien und Rumänien angerichteten Schäden wieder gutgemacht werden. Frankreich müsse seinen Anteil an den ungeschützten Reparationen bis zum äußersten verteidigen. Sei es möglich, daß zwei Jahre nach Aufstellung des Youngplanes Deutschland ihn als zerrissen ansehen könnte?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19320122/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG